

Correspondent

Erscheint
Mittwoch, Freitag,
Sonntag,
mit Ausnahme der Feiertage.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXII.

Leipzig, Mittwoch den 21. Februar 1894.

№ 21.

Die Zentralisierung der Ortskrankenkassen.

Ueber dieses Thema, das hauptsächlich in Berlin jetzt vielen Staub aufwirbelt, aber auch in anderen Städten schon diskutiert und im Laufe der Zeit noch weitere Kreise ziehen wird — in Stuttgart ist ja neuerdings die Zentralisation vollzogen worden — hielt Kollege P. Magnan im Berliner Verein einen Vortrag, den wir auf Wunsch von anderer Seite gern an dieser Stelle zur Veröffentlichung bringen.

Der Redner führte aus:

Der Gedanke der Zentralisation der Ortskrankenkassen ist seit langer Zeit vorhanden, aber nicht in den Kreisen der Mitglieder der Kassen; sondern in den Kreisen der Aufsichtsbehörden. Vor allem war es die Berliner Aufsichtsbehörde, die Gewerbe-Deputation des Magistrats. Unter Führung ihres Vorsitzenden, des Stadt Syndikus Ebert, wurden die größten Anstrengungen gemacht, um den Kassen ihre Selbstständigkeit zu nehmen. Bei der Beratung der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz sollte durch den auch regierungsseitig vorgeschlagenen § 46a. selbst gegen den Willen der Kassen — und ihrer Generalversammlungen die zwangsweise Einführung einer Kassenvereinigung durch die Behörden gesichert werden. Auch hier trat die Gewerbe-Deputation durch ihren Vorsitzenden, der auch Reichstagsabgeordneter war, und den Assessor Dr. Freund äußerst lebhaft für die Annahme dieses Gesetzesparagrafen ein, letzterer schriftstellerisch in der Zeitschrift „Die Arbeiterversorgung“, namentlich mit einem Artikel „In zwölfter Stunde“. — Gegen die Bestimmung des § 46a erklärten sich mit Ausnahme einer Kasse, welche hoffte an die Spitze der Vereinigung gestellt zu werden, sämtliche Berliner Kassen und es war ihrer regen Agitation namentlich durch persönliche Besprechungen über den Wert dieses Paragraphen mit hervorragenden Reichstags-Abgeordneten aller Fraktionen zu danken, daß der Paragraph noch „in zwölfter Stunde“ — schon angenommen — wieder verworfen wurde. Die Angelegenheit schien damals für immer, unter dem Beifall aller Berliner Kassen, begraben zu sein.

Da taucht mit einem Mal eine Kommission des Arbeitervertretervereins auf, welche diese Angelegenheit abermals zur Diskussion stellt, gleichzeitig aber sich entschieden für die Zentralisation ausspricht und dieselbe Begründung hiefür ins Feld führt, welche vor mehreren Jahren von den Behörden als ausschlaggebend hingestellt waren: vor allen Dingen Verbilligung der Verwaltung.

Es kam diese neue Agitation, für die man die Firma „Zentralisation von unten herauf“ gewählt hatte, so plöblich, daß man sich unwillkürlich die Frage vorlegte, welche Personen denn die Träger dieses Gedankens sein? Und da stellte sich denn heraus, daß es dieselben Männer sind, die bei der Agitation für Einführung der freien Arztwahl an der Spitze standen. Diese Erscheinung konnte durchaus nicht Wunder nehmen, denn jedem Eingeweihten war es klar, daß die Einführung der freien Arztwahl den Kassen erhebliche Opfer auferlegt, welche nur getragen werden können, wenn mit Einführung derselben die Erhöhung der Beiträge in stärkerer Weise Hand in Hand geht als dies von den Bevollmächtigten der freien Arztwahl meist zugegeben wird. Genug, man sah bald ein, daß, um das Glas dort zu verdecken, eine andre Frage das öffentliche Interesse beschäftigen muß und dies war die Frage der Zentralisation.

Die erstere Aeußerung der Kommission gipfelte in dem Gedanken, daß durch Verbilligung der Verwaltungskosten infolge der Zentralisation den Kassemitgliedern größere Unterstützungs-Zuwendungen gemacht werden

könnten und in diesem Sinne wurden Artikel in den Tageszeitungen veröffentlicht.

Aber auch der Vorsitzende der Kommission glaubte recht klug zu handeln, wenn er in dieser Frage mit der Aufsichtsbehörde sich verständigte und teile im Vereine der Verwaltungsbeamten das Erfolgreiche seiner Bemühungen mit. Der Vorsitzende war der jüngst verstorbene Buchdrucker Joh. Martin, der noch kurz vor Uebernahme dieses Postens in der Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Buchdrucker mit aller Entschiedenheit gegen die Aufnahme der Hilfsarbeiter in unsere Kasse sich erklärte. Er sagte, daß die Behörden der Angelegenheit sehr sympathisch gegenüberstehen und den Bestrebungen eventuell wohlwollend nachhelfen würden. — Was heißt denn aber bei der oben geschilderten Anschauung dieser Behörde, die gegen den Willen der Beteiligten zwangsweise eine Vereinigung zu dekretieren das gesetzliche Recht verlangt hatte: wohlwollend nachhelfen zu wollen? Wo bleibt denn da die Zentralisation „von unten herauf“?

Die erste größere Versammlung wurde seitens der Kommission für Mitte Dezember nach den Kontordialen einberufen. Der geringe Besuch derselben bewies, wie wenig der Gedanke der Zentralisation von unten herauf bis dahin bei den Mitgliedern gefruchtet hatte. Herr Gutheit von der Maschinenbauerkasse hatte das Referat übernommen. Er schilderte eine ganze Menge Mängel bei der heutigen Krankenversicherung, die aber durch das citierte Gesetz selbst begründet sind und bei etwaiger Zentralisation nicht in Fortfall kommen. Für die Zentralisation führte er nur zwei Sachen an: einmal, daß die Kassen sich gegenseitig die Mitglieder streitig machen und zweitens die Verbilligung der Verwaltungskosten. Ersteres ist teilweise richtig, lese sich aber aus der Welt schaffen, wenn nicht die Kassen selbst den ihnen gebotenen Zankapfel aufnehmen würden und nicht überall mit großer Mitgliederzahl parodieren möchten. Die Verbilligung der Verwaltungskosten trifft aber nicht zu, wie ein recht klaffischer Zeuge in dieser Versammlung nachgewiesen hat.

In Leipzig sind sämtliche Ortskrankenkassen zu einer einzigen vereinigt; um nun für die Sache Stimmung zu machen, hatte man den Geschäftsführer der Leipziger Kasse, Herrn Uhlmann, eingeladen. Der Herr entledigte sich seines Vortrages in recht sachlicher Weise und es ist nur zu bedauern, daß ein von Anhängern der Zentralisation ausgehender Antrag, den Vortrag durch Druck zu vervielfältigen, nicht die genügende Unterstützung fand. Wer nicht mit aller Gewalt zentralisieren will, mußte durch den Vortrag belehrt werden, daß die Zentralisation nicht das Erstrebenswerte sein kann, vor allem in Berlin. In Leipzig wurden mit Beginn des Krankenversicherungs-Gesetzes neue Kassen gegründet, da vor diesem Zeitpunkt alte Kassen nicht bestanden. In Berlin sind die bestehenden Kassen aber meist solche, die lange vor 1884 bestanden haben. Nun ist es selbstverständlich, daß neue Kassen infolge der Anschaffungen aller Bureau-Mitteln und der mangelnden Erfahrung sehr große Verwaltungskosten haben müssen, dies war für Leipzig 1885 21 Proz. Diese hohen Kosten legten dort die Frage der Zentralisation nahe und wieder war es die Leipziger Behörde, welche dem Gedanken wohlwollend nachhalf.

Sie schenkte der zentralisierten Kasse 65000 Mk., — stellte zwei Verwaltungsbeamte auf ihre Kosten an usw. Herr Uhlmann gab nun ein Bild des geschäftlichen Lebens in der Leipziger Kasse und ging dann zu dem wichtigsten Punkt über, was die Leipziger Kasse den Mitgliedern leistet. Diese Kasse zahlt 26 Wochen Krankengeld, nur den zwanzigfachen Betrag des durchschnittlichen Tagelohnes als Sterbegeld, Ehefrauen und Kindern freie ärztliche Behandlung und Medicamente (aber nicht sonstige Heilmittel) auf die Dauer von 13 Wochen, beim Todesfalle der Frau

oder eines Kindes ein Begräbnisgeld, bei ersterer 15 Mk., bei letzterem 9 Mk. Man sieht, die Leistungen der Kasse sind durchaus nicht so große und doch hat dieselbe pro 1892 ein Defizit von 30000 Mk. trotz der günstigen Bedingungen, die ihr durch die Hilfe der Behörden zu teil wird. Die Kasse hofft 24000 Mk. von der Stadt zurückzuerhalten, weil sie die Geschäfte der Alters- und Invalidenversicherung mit übernehmen mußte, wie dies auch alle zentralisierten Kassen bisher gethan haben und thun mußten. Nun sind aber die Beträge, die den Krankenkassen für diese Verwaltungen zufließen, geringer als die hierfür notwendigen tatsächlichen Unkosten, so daß jede zentralisierte Kasse für die Durchführung des famosen Klebegesetzes besondere Aufwendungen machen muß. Wenn also Leipzig 24000 Mk. zurück bekommt, hat es immer noch pro 1892 ein Defizit von 6000 Mk.; 1893 liegen die Verhältnisse aber bedeutend ungünstiger. Die Verwaltung selbst ist in Leipzig aber auch teurer als im Durchschnitt in Berlin, in Leipzig 8,1 Proz., in Berlin 7,9 Proz.

Mit diesen Ausführungen des Herrn Uhlmann war aber das Hauptfachliche, was die Anhänger der Zentralisation für dieselbe ins Feld führten, ins Wasser gefallen, die Verbilligung der Verwaltungskosten tritt bei einer Zentralisation nicht ein. Da aber dieselbe unbedingt durchgeführt werden muß, so klammerte man sich daran fest, wie segensreich die Unterstützungen an Familienangehörige wirken und dies könne nur durch die Zentralisation durchgeföhrt werden. — Daß dies auch bei den Berliner Kassen schon jetzt eingeföhrt werden kann, wenn man andere Unterstützungs-Zweige herabsetzt, war jenen Herren nicht klar zu machen und hierzu würde nur ein Blick auf die Betriebsergebnisse der Berliner Ortskrankenkassen pro 1892 genügen. Von den 60 Ortskrankenkassen zahlten 29 Kassen Krankengeld auf die Dauer eines Jahres, 36 Kassen aber mehr als Leipzig mit halbjährlicher Unterstützung. Es hätten bei Einführung der Zentralisation, bei welcher man überhaupt nur 26 Wochen Krankengeld zahlen würde, nur sechs Berliner Kassen einen Vorteil. Wenn man die Ersparnisse, die Berlin bei demartig reduziertem Krankengeld erkrögen würde, zu anderen Unterstützungen zusammenlegte, so würden die Unterstützungen an Familienangehörige nicht so minimal sein, als in Leipzig geboten. Andere zentralisierte Kassen stehen ebenfalls nicht günstig da: Erst kürzlich ist im Corr. darauf hingewiesen worden, daß die Mainzer Kasse ihr Krankengeld von 26 Wochen auf 20 Wochen herabsenken muß. Auch in Jena, Dresden, Köln haben die zentralisierten Kassen mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen wie die nicht zentralisierten anderwärts.

Am 21. Januar d. J. hat nun abermals eine diesbezügliche Versammlung stattgefunden, das Bild, das dieselbe bot, war gegen die vorige Versammlung durchaus verändert. Hier wurde weniger auf das Praktische der Zentralisation hingewiesen, als auf die Verpflichtung, jeder sozialdemokratische Arbeiter müsse für die Zentralisation sein. (Woher nehmen denn die betreffenden Befürworter die Berechtigung im Namen und unter der Flagge der Sozialdemokratie die Zentralisation zu propagieren? Neb.) Wenn aber einzelne Kassen dadurch, daß ihre Mitglieder immer höhere Beiträge zahlten, einen nennenswerten Kasseebestand haben, um auch bei längerer Erkrankung ein ausgiebiges Krankengeld, beim Tod ein höheres Begräbnisgeld zu zahlen, diesen Kasseebestand hingegen sollen denen, die nur immer niedrige Beiträge zahlten, so ist dieses Verlangen bei aller Begeisterung für die Solidarität unbillig zu nennen. Denn daß trotz der entworfenen herrlichsten Zukunftsbilder von der Macht der Zentralisation nur Verschlechterungen in Berlin eintreten werden, beweist wieder ein Blick auf die 1892er Betriebsergebnisse. Danach haben 24 Berliner Kassen nicht nur Ersparnisse zum Reservefonds nicht gemacht, sondern noch 419000 Mk. von ihrem früheren Vermögen zugelegt. Wie kann also eine Besserung anders

eintreten, als durch Zahlung höherer Beiträge oder Erniedrigung der Leistungen. Eins oder das andere wird eintreten mit oder ohne Zentralkasse. Und wir Buchdrucker haben nicht die Verpflichtung, das Geld, das aufzubringen uns auch mißfallen würde, hinzugeben, ohne einen uns einleuchtenden nutzbringenden Grund, zumal auch andere schwerwiegende Interessen jeden organisierten Berliner Arbeiter abhalten sollten, für die Zentralkasse zu stimmen. Das noch junge Interesse, welches die organisierten Arbeiter überall für die Krankenkassen an den Tag legen und bei dem sie Gelegenheiten haben, ihre Kräfte mit den nicht organisierten Arbeitern zu messen, erschläft, weil bei der schablonenmäßigen Behandlung aller Versicherten, die naturgemäß bei einer Kasse von über 300000 Mitgliedern Platz greifen würde, alles und jedes Interesse verloren gehen muß.

Auch Innungs- und Betriebskrankenkassen würden mehr als bisher geschaffen werden, und namentlich die letzteren sind eine Schädigung der Rechte der Arbeiter. Schon jetzt, wo die Berliner Ortskrankenkassen meist mehr als die Innungs- und Betriebskrankenkassen leisten, stehen unter Aufsicht des Magistrats 11 Innungs- und Betriebskrankenkassen gegen 61 Ortskrankenkassen. Da die ersteren einer Zentralkasse fern bleiben, wird diese doch nur ein Stückwerk sein und die erhofften Segnungen deshalb vielen Arbeitern verschlossen. Sind aber die erhofften Besserungen durchführbar? Warum legen nicht jetzt schon die Kassen unter Fortfall der Karenzzeit ein Krankengeld von 52 Wochen fest? Warum normieren sie das Krankengeld nicht jetzt schon statt auf die Hälfte auf zwei Drittel des durchschnittlichen Tagelohnes? Warum das Sterbegeld statt auf den zwanzigfachen Betrag auf den vierzigfachen Betrag dieses Tagelohnes? Warum befreien sie die Mitglieder nicht vom Einschreibegeld? Dies und andere Sachen könnten sie nach dem Geheiß schon jetzt geben, sie können es aber ihres vorhandenen Geldes wegen nicht gewähren, und da soll nun die Zentralkasse Wandel schaffen!

Nichts zu nichts gibt wieder nichts. Deshalb sind auch in Zukunft diese Benefizien nicht zu haben ohne bedeutende Beitragserhöhungen, diese können und wollen die Mitglieder oft nicht leisten, daher werden die Unterstellungen zurückgehen und bei der Zentralkasse zahlen die besser fundierten Kassen die Zehne.

Die Zentralkasse liegt im Interesse der Behörden, wenn sie nicht „von unten herauf“ beschlossen wird, wird sie nach Aussage ihrer Anhänger von „oben“ dekretiert. Deshalb aber sträuben wir uns gegen eine derartige behördliche Abhängigkeit, so lange wir können. Nach dem zur Zeit gültigen Gesetze kann keine Kasse gegen ihren Willen gezwungen werden, der Zentralkasse beizutreten, und nach allem Vorhergesagten scheint es mir kein guter Rat zu sein, den man der Gesamtarbeiterchaft mit dem Zentralkassengebanten gegeben hat.

Korrespondenzen.

Damberg, im Februar. Noch wenig wurde im Corr. über die Berufsverhältnisse in Damberg berichtet, die früher hier herrschenden Zustände waren auch nicht dazu angethan, salbungsvolle Berichte zu schreiben. Die durch viele Jahre hindurch stets nur kleine Mitgliedschaft mußte sich eben mit der Hoffnung auf kommende bessere Zeiten trösten und diese Hoffnung hat sich auch einigermaßen erfüllt. Fegte die große Bewegung auch hier Zustände hinweg, die bereits in allen anderen Städten schon längst über Bord geworfen waren, so bemächtigte sich ebensfalls der uns noch fernstehenden Kollegenchaft ein regerer Geist für die Interessen der organisierten Gesellschafter und die einseitige Agitation trug gute Früchte. Heute sind wir in der angenehmen Lage, von 37 hier beschäftigten Kollegen 24 dem Verbande zuzuzählen, wobei wir noch eine weitere Stärkung erhoffen wollen. Die Bezahlung ist im allgemeinen tarifmäßig, zu verbessern ist hier allerdings noch mehr, die Arbeitszeit durchweg zehnstündig. Die Lehrlingszahl ist dem Gehilfenstand entsprechend. Acht Druckereien befinden sich am Orte, davon drei kleinere, welche keinen Gehilfen beschäftigen. Mit den Nichtverbandsmitgliedern bestand bisher ein kollegiales Einvernehmen und Verbandsankendungen sind nicht bekannt. Von gewisser Seite liebte man jedoch trotz schon gemachter schlechter Erfahrung gern etwas zu den „Freien“ hinüber und darf man deshalb auf der Hut sein. Die Freie Vereinigung ist hier auf den Aussterbeetat gesetzt. Für die durchreisenden ausgefuehrten und nichtbezugsberechtigten Mitglieder wird Unterstützung aus der Ortskasse gewährt. Auch wurde für einen Verleher Sorge getragen, welcher sich in der Zentraltherbege der vereinigten Fachvereine, im Gasthause zum roten Ochsen, befindet. Die Preise und Bewirtung sind gut und zufriedenstellend. Dem hier ins Leben getretenen Gewerkschaftskartell schloß sich die Mitgliedschaft ebenfalls an. Für die Gemüthlichkeit und Erheiterung sorgt die Typographie, welcher auch Nichtverbandsmitglieder angehören; dieselbe besitzt einen

Sängerchor von 18 Mann, welcher schon manche heitere Stunden bereite und das kollegiale Leben neu erwecken ließ. So haben sich hier im Laufe der Zeit die Verhältnisse wesentlich gebessert; mögen die Kollegen ihrer Pflichten nun auch stets eingedenk sein und unerhördeten weiter wandeln auf dem betretenen Wege, die Devise: „Einigkeit macht stark“ hochhaltend, dann wird auch Damberg in der Zukunft mit hellen Strahlen scheinen im Gestirn unsrer großen Organisation, in welcher die alte Waba sonst nur immer als dunkler Punkt bekannt war.

H. Berlin. (Vereinsbericht vom 7. Februar.) Unter Vereinsmitteilungen teilte der Vorsitzende mit, daß bei der am 31. Januar abgehaltenen Vertrauensmänner-Versammlung 103 Druckerinnen durch 105 Vertrauensleute und 82 Kassierer vertreten waren; von einigen kleineren Druckereien war niemand anwesend, was wohl darin seinen Grund haben mag, daß dieselbe die betreffenden Kollegen nicht mehr konditionierten, an welche die Einladungen gerichtet waren. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, über tarifswidrige Zustände in den einzelnen Druckereien dem Vorstände sofort Mitteilung zu machen. Ferner tabelte er das Verhalten einzelner Vereinsmitglieder, welche sich nicht entblöden, einer Kondition wegen dem „Leinweber-Verein“ beizutreten; dieselben hätten eventuell ihren Ausschluss aus dem Verbande zu gewärtigen; der Vorstand werde von jedem einzelnen eine schriftliche Erklärung verlangen, worin der Betreffende seinen Austritt aus dem obigen Vereine bescheinigen muß. — Der Vorsitzende machte Mitteilungen über die von den österreichischen Kollegen an die Prinzipale gestellten Forderungen, worunter zu nennen die neunstündige Arbeitszeit, Lokalzuschläge bis zu 50 Proz. und der 1. Mai als Feiertag (gegen eventuellen Abzug); in täglich erscheinenden Zeitungen sollen keine Lehrlinge beschäftigt werden. Die Prinzipale nähmen im allgemeinen eine ablehnende Haltung ein. Der Verbandsvorsitzende Döblin sprach sein Befremden über das Vorgehen der österreichisch-ungarischen Kollegen aus, betonend, daß dieselben doch die Beschlüsse des internationalen Buchdrucker-Kongresses für sich bindend anerkennen müßten. Die in den Zeitungen beschäftigten Kollegen würden wohl kaum Stellung nehmen, da dieselben erst vor kurzem eine vorläufige Einigung mit ihren Prinzipalen erzielt hätten. — Aufnahmegefuche kamen 24 zur Verlesung. — Gelegentlich einer Anregung kam es zu einer kurzen Debatte über die Lokalfrage, wobei aus der Versammlung gewünscht wurde: „Die Vergütungskommission möge mit den Saalinhabern ein Abkommen dahin treffen, nur dann die Vergütungen abzuhalten, wenn das Lokal nicht boykottiert ist.“ Von anderer Seite wurde dem Gausvorsitzenden ein Abkommen dafür Sorge zu tragen, daß die vorgenommene Abstimmung betreffs Definition der Pöhlharmonie bald zur Geltung käme. Der Vorsitzende wies auf die in nächster Zeit stattfindende öffentliche Versammlung hin, wo die Lokalfrage auf der Tagesordnung sei. — Zur Verhandlung kam hiernach der Antrag des Vorstandes: Der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer wolle beschließen: den Zentralvorstand zu ersuchen, die Karenzzeit zur Beziehung der Krankenunterstützung und die Unterstützung selbst in folgender Weise zu regulieren: „Bei einer Leistung von 13 Wochenbeiträgen 26 Wochen Krankenunterstützung, bei einer Leistung von 26 Wochenbeiträgen 52 Wochen Krankenunterstützung festzusetzen. Ist ein Mitglied ausgefuehrt, so muß es erst 13 resp. 26 Wochen arbeiten und Beiträge leisten, bevor es wiederum bezugsberechtigt wird.“ Der Vorstand ist der Meinung, daß der Verein bei der jetzt bestehenden vierwöchentlichen Karenzzeit nicht genügend gegen solche Mitglieder geschützt sei, die nur immer das Allernotwendigste an Beiträgen zahlen, um dann den Verein auf ein ganzes Jahr in Anspruch zu nehmen. Nachdem noch verschiedene Kollegen im selben Sinne gesprochen hatten, wurde der Antrag des Vorstandes einstimmig angenommen. — Beim dritten Punkte der Tagesordnung: Stellungnahme zur Zentralkassierung der Ortskassen, referierte Kollege Magnan (Referat siehe Artikel in heutiger Nummer). — Die Frage, ob der „Leinweberfaktor Hermann“ nicht auch Prinzipal sei, wurde von verschiedenen Seiten bejaht, da der Umstand schon dafür spreche, daß derselbe stets Papier und Couverts des betreffenden Geschäfts verwende; die Leinweber können sich darob freuen, denn sie haben nun nicht nur einen Faktor, sondern auch einen Prinzipal zum Vorsitzenden ihrer Weberei — was allerdings viel!?? sagen will.

M.-R. Darmstadt. Am Sonntage (28. Januar) fand die zahlreich besuchte ordentliche Generalversammlung des Bezirksvereins Darmstadt statt. Nicht den hiesigen Mitgliedern war noch ein solches aus Müßelsheim anwesend. Aus dem vorzüglich ausgearbeiteten Jahresberichte des Vorsitzenden ist nachstehendes zu erwähnen: Die Verhältnisse im Bezirke haben sich gegen das Vorjahr unwesentlich verändert und dürfte nur die Teilnahme der Mitglieder an den Vereinsangelegenheiten gegen früher zu wünschen übrig lassen. Hoffen wir jedoch, daß sich auch dieses im neuen Vereinsjahre zu einem bessern wendet. Die Liquidation der Zuzusch-

lasse war im Monate Juni beendet und wurde das verbleibende Vermögen zu einem Sterbefonds für die bei der Liquidation noch der Kasse angehörenden Mitglieder festgelegt; die Angehörigen eines verstorbenen Mitgliedes erhalten den Betrag von 70 Mk. aus diesem Fonds; stirbt die Ehefrau eines Mitgliedes, so erhält daselbe 25 Mk. zu den Beerdigungskosten. Es wurden im Laufe des Jahres zwei allgemeine Versammlungen abgehalten. In der ersten referierte unser Zentralvorsitzender Herr E. Döblin über den Verband der Deutschen Buchdrucker, dieselbe war von 58 Kollegen besucht, darunter 4 Nichtmitglieder. Für die zweite Versammlung hatte Herr Gausvorsitzer Haas über „Freie Vereinigung, Gutenberg-Bund und Verband der Deutschen Buchdrucker“ das Referat übernommen, sie war von 34 Mitgliedern und 6 Nichtmitgliedern besucht. Ferner wurden neun Mitgliederbesammlungen abgehalten, ihr höchster Besuch betrug 37, der niedrigste 20. Vorstandsbesammlungen fanden 15 statt. Mit den Vorständen der Buchbinder, Lithographen und Steinbruder wurde über die Gründung eines graphischen Kartells beraten. Die Vereinsabende, welche Samstags stattfinden, lassen in betreff des Besuchs sehr viel zu wünschen übrig. Das Johannisfest wurde durch einen Ausflug nach dem herrlich im Odenwalde gelegenen Orte Lindensfels gefeiert. Sämtliche Mitglieder des hiesigen Bezirkes leisteten Verzicht auf den auf sie entfallenden Anteil an dem Vermögen der Zentralkassierung in Bq. zu gunsten der Kasse des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Der Mitgliederstand war Ende 1892: 55, Ende 1893: 60 und 4 Invaliden. Mitglieder stehen zur Zeit noch in Bensheim, Wiesheim, Groß-Umstadt, Lampertheim, Meinhelm und Müßelsheim. Eingetretene sind 13, zugerechnet 24, vom Militär 3, zum Militär 2 Mitglieder, ausgestretene 1 Mitglied, ausgesproffen 5 und abgereist 24 Mitglieder. Arbeitslos waren 9 bezugsberechtigte Mitglieder zusammen 229 Tage und 16 nichtbezugsberechtigte zusammen 745 Tage. Krank waren 22 Mitglieder zusammen 673 Tage; 1 Mitglied wurde in der Krankenkasse ausgesteuert; 1 Mitglied wurde invalid; gestorben sind 3 Mitglieder (G. Sachs, W. Henrich, E. Menges), außerdem starb das frühere Mitglied der Zuzuschusse, Billetruder Henning. (Die Versammlung erbob sich zu deren Andenken von ihren Eigen.) Umzugskosten betraf 1 Mitglied. 36 durchreisende nichtbezugsberechtigte Mitglieder erhielten eine Unterstützung à 50 Pf., 9 ausgesteuerte à 1 Mk., 10 eine außerordentliche Unterstützung. — Der Kassierer erstattete folgenden Rechenschaftsbericht: Gesamteinnahme 4321 Mk., Gesamtausgabe 4011,39 Mk., Kassenbestand 309,61 Mk., Einzahl. 100 Mk. Vorjahr. Die Einnahme- und Ausgabe der einzelnen Kassen betrug: Allgemeine Kasse: Einn. 2959,20 Mk., Ausg. 933,90 Mk., Ueberfluß 2025,30 Mk.; Invalidenkasse: Einnahme 346,40 Mk., Ausgabe 1973 Mk., Defizit 1626,60 Mk.; Zentral-Krankenkasse in Bq.: Einnahme 7,10 Mk., Ausgabe: 357,75 Mk., Defizit 350,65 Mk.; Gastkaffe: Einnahme 144 Mk., Ausgabe 15,20 Mk., Ueberfluß 128,80 Mk.; Bezirkskasse: Einnahme 579,50 Mk., Ausgabe 455,55 Mk.; Kassenbestand 123,95 Mk.; Sterbefonds: Einnahme 210 Mk., Ausgabe 210 Mk., Vermögen 2347,37 Mk.; Sammelkasten: Einnahme 11,19 Mk., Ausgabe 10,50 Mk., Kassenbestand 69 Pf. Aus dem Extra-Steuersfonds waren noch vorhanden 70,20 Mk., derselbe wurde wie folgt verwandt: für die Bergarbeiter 20 Mk., an einen bedürftigen Kollegen 10 Mk., für Matramaten 29,75 Mk. und der Bezirkskasse überwiesen 10,45 Mk. Ferner wurden für die streitenden Lithographen und Steinbruder in Brandenburg 20 Mk. bewilligt. Die Versammlung erteilte Decharge. — Die Vorstandswahl ergab das bereits berichtete Resultat. — Ein Antrag eines Mitgliedes wegen Unterstützung nach § 2 der Statuten wurde angenommen. — Da keine weiteren Anträge vorlagen, schloß der Vorsitzende mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf den Verband die Versammlung.

? **Reichenberg (Böhmen).** Diese Zeilen sollen dazu dienen, den deutschen Kollegen in kurzen Umrissen ein Bild der hiesigen Verhältnisse zu entrollen. Es bestehen hier vier Druckereien, welche ungefähr 95 organisierte Gehilfen beschäftigen, denen nur eine kaum nennenswerte Zahl Nichtmitglieder gegenübersteht. Man sollte hiernach glauben, daß die Verhältnisse hier ziemlich gut sind; daß dem nicht so ist, werde ich nachfolgend darzulegen suchen. Das Minimum — und mehr wird oft nicht gezahlt — beträgt 10 fl. (ungefähr 17 Mk.) bei 10½ stündiger Arbeitszeit. Man darf jedoch nicht glauben, daß hier des Lebens Notdurft billiger ist als in Deutschland. Man zahlt als lediger Mann 5 fl. für Kost und Logis, also die Hälfte des Verdienstes, dann kommen noch Kranken- und Verbandsbeiträge und diverse andere Kleinigkeiten hinzu. Man kann hieraus ersehen, wie weit dieser „große“ Gehalt reicht. Es klingt daher wie Ironie, wenn Eugen Richter schrieb, der hohe Verdienst der Buchdrucker, der — nach seiner Ansicht — unmoralischen Lebenswandel bedingt, sei Schuld an der in unfernen Kreisen so heftig auftretenden Proletarierkrankheit. Was die berechnenden Werker betrifft, so gibt es für diese so viele große und kleine Widerwärtigkeiten, daß es zu

viel Raum in Anspruch nehmen würde, diese alle zu erwähnen. Es ist zu verwundern, daß hier, in einem der größten Druckorte Böhmens, die Verhältnisse nicht besser sind; doch liegt es auch hier an den Kollegen selbst. Ueberall Uneinigkeit, Zwistigkeit, persönliche Haberei, da gibt es alle Parteien, welche an Terrain gewinnen möchten. In der letzten Generalversammlung kam nicht einmal ein Stillauschluß zu Stande. Es ist aber auch nicht zu leugnen, daß unter den gegebenen Verhältnissen ein gedeßliches Arbeiten sehr erschwert, fast unmöglich gemacht wird. — Es besteht hier ein Gesangverein Typographia (Mitglied des Arbeiterfängerbundes), dem aber nur Kollegen der Gebirger Stiepselchen Offizin angehören. Teils Furcht vor der Geschäftsleitung, teils politische Meinungsverschiedenheit brachten es mit sich, daß Kollegen anderer Druckereien aus dem Gesangverein austraten. — Es ist an der Zeit, daß sich ein Streben nach Verbesserung unter sämtlichen Kollegen endlich kundgibt. Ich habe noch verschiedenes auf dem Herzen, doch behalte ich mir das für einen späteren Artikel vor.

x. **Ruhrort**, 13. Februar. Es ist leider eine Thatsache, daß, wenn je der Corr. mit einem Bericht aus dem dunkelsten Teile Deutschlands, dem Nebberghene, bedacht wird, stets etwas unerfreuliches gemeldet werden muß. Ist es hier die krasseste Bekräftigungsausbeutung, so sind es dort die traurigen Lohnverhältnisse, der Individualismus der Kollegen u. dgl. m., über welche hin und wieder ein Kollege dem Corr. einen Artikel zusendet. Aber höchst selten oder nie konnte der letztere seinen Lesern eine erfreuliche Mitteilung über unser sonst so segnetes Rheinland bringen. Und so brüden dem Schreiber dieses denn auch heute die wahrhaft unerquicklichen Zustände, welche seit einigen Jahren unter den hiesigen Gehilfen eingetriften, die Feder in die Hand, hoffend, daß mancher, durch die nachfolgenden Zeilen veranlaßt, in sich geht, ein anseuerndes Beispiel gibt und mit dazu beiträgt, dieselben aus der Welt zu schaffen. Unre Mitgliederhaft, welche früher zu Duisburg gehörte, wurde vor längeren Jahren gegründet, nachdem die statutenmäßige Anzahl von zehn Mitgliedern vorhanden war. Anfangs ließ sich das Vereinsleben auch gut an, so daß die Mitgliederzahl bis auf zwanzig anwuchs, d. h. alle hier beschäftigten Gehilfen dem Verband angehörten. Die Mitgliederhaft, welche durch dieses einmütige Zusammenstehen zu den besten Hoffnungen berechtigt, wurde leider, wie dies so häufig geschieht, durch persönliche Neideren usw. nach und nach so stark dezimiert, daß jetzt nur mehr die Hälfte der obigen Zahl dem Verband angehört, denn gerade die älteren Kollegen traten aus resp. mußten wegen Resten ausgeschlossen werden. Hierzu trug auch das Verhalten eines Teiles der Kollegen beim Neuwahlkampf bei, welcher übrigens ohne energische Vorstellung der Kollegen beim hauptsächlich in Frage kommenden Brendonscher Geschäft hierorts im Sande verlief. War es bis zu diesem Zeitpunkt schon schwer, für die verschiedensten Vorstandsämter Personen zu gewinnen, so scheiterte nachher auch der jedesmalige Versuch, auch nur eine Versammlung zu Stande zu bringen. Diejenigen einsichtigen Kollegen, welche hierzu vielfach die Anregung boten, saßen gewöhnlich zur festgesetzten Stunde fast allein in dem Versammlungstotal und wurden dann obendrein hinter dem Rücken noch mit Spottreden überschüttet: „Mich wundert nur, daß du immer noch nicht schlau geworden bist“, „die Zeit könntest du doch wohl nützlicher totschlagen“ usw. Wenn der betreffende Kollege sich dann mit berechtigten Worten der Entrüstung an die Spötter wandte und sie an ihre Pflichten als Verbandsangehörige erinnerte, pfiff man einfach ein Liedchen und ließ den Sprecher stehen. Auch alle Versuche des Bezirks wie Gauvorstandes auf Einführung eines geordneten Vereinswesens hierorts scheiterten bisher an der Interesslosigkeit eines Teiles der Mitglieder. Zwar schimpft man über kapitalistische Ausbeutung, über Zahlung von schlechten Löhnen und lange Arbeitszeit, nennt sich wohl auch einmal Sozialdemokrat, vergißt aber, daß man auch die heiligste Pflicht hat, als Arbeiter treu zusammen zu stehen und vereint danach zu streben, diese Uebelstände aus der Welt zu schaffen. Wohin soll es führen, wenn Leute, die vermöge ihrer Stellung und ihres Talentes befähigt sind, veredelnd auf die Gemüter ihrer Kollegen einzuwirken und sie zu tüchtigen Vereinsmitgliedern und überzeugungstreuen Menschen heranzubilden, dies aus purer Gemütslichkeit oder Lässigkeit, wenn ich nicht sagen will krassem Egoismus unterlassen? Wir haben es schon manchmal erlebt, daß eine Mitgliederhaft durch das gute Beispiel eines Kollegen stehen und fallen kann. Und eben deshalb, weil dies auch von mehreren hiesigen älteren Kollegen zu sagen ist, möchte ich an dieselben hiermit den dringenden Appell richten, wieder wie in früheren Jahren das Steuerruder der Mitgliederhaft in die Hand zu nehmen und dem stolzen Schiffe, dem Verbands der Deutschen Buchdrucker, wieder alle früheren Mitglieder zuzuführen, damit es so allen Sittren, die auch hier drohen, gerüstet sei. Denn die hiesigen Verhältnisse sind doch wahrlich nicht danach angethan, daß sie als musterhaft bezeichnet werden

können, so daß man die Hände müßig in den Schoß legen könnte. Auch stülft man sich seit einiger Zeit über in Aussicht stehende „Verbesserungen“ derselben die Ohren voll. Deshalb nochmals, frisch ans Werk! Warten wir nicht so lange, bis uns eine Ueberumpelung seitens unserer „Herren“ getrennt findet. Schon finden allerorten kleine Tarifplänkchen statt, wer weiß, ob nicht auch wir binnen kurzem in die Lage kommen können, übertriebene Anforderungen seitens unserer „Brot“geber abzuschlagen zu müssen! Streben wir daher vereint danach, mit dem bald bevorstehenden Umzuge der verschiedenen Druckereien in ihre Neubauten, daß dann auch wieder alle hiesigen Buchdrucker dem Verband angehören! Lassen wir allen Groll fahren und trachten wir danach, uns in Liebe und Einträchtigkeit zusammenzuscharen, denn es gilt doch eines edlen Zieles, das wir zu erreichen streben: die Erringung menschenwürdiger Zustände! (Diesen lebhaften Ausruf bringen wir um so lieber, als er vielleicht noch für andere Orte paßt. Von den Ruhrorter Kollegen, den er gewidmet ist, werden unsere Leser hoffentlich in einem halben Jahr erfreulicherer hören, denn dieses gutgemeinte Wort wird gewiß seinen bereiten Ort finden. Red.)

Rundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Die Sektion für Volkswirtschaft des Freien Deutschen Hochstifts in Frankfurt a. M. wollte am 5. Februar ein Referat des Herrn Karl Klimsch über: Arbeiterverhältnisse im Buchdruckereigewerbe entgegennehmen. In letzter Stunde jedoch sagte Herr Klimsch ab und an seiner Stelle gab Herr Dr. M. Duard das Referat, nachdem er das Material hierzu erhalten hatte. Trotz der sehr kurzen Zeit, die ihm zum Studium gelassen, wußte Herr Dr. Duard das Thema interessant zu gestalten, konnte aber in dem Ziffernmaterial auch kein günstiges Bild über das „gute Einvernehmen“ zwischen Prinzipal und Gehilfen finden. Die Zahlen zeigten im Gegenteil, wie rücksichtslos und mit welcher Schärfe besonders den alten treubewährten Arbeitern gegenübergetreten wäre. Hierauf nahm Kollege C. Dominé das Wort und klärte an der Hand der Corr.-Artikel über die klimschsche Statistik noch verschiedene Punkte auf, wobei er besonders die Verhältnisse in Frankfurt a. M. illustrierte, die das „gute“ Einvernehmen evident bewiesen. Hier entledigten sich beim Streit die „humanen“ Prinzipale auf „loyale“ Weise ihrer alten Gehilfen, indem einfach für sie keine Arbeit mehr da war. Und was war ihr Vergehen? Sie hatten als ehrliche Kollegen und Männer gehandelt. Zum Schluß empfahl Dominé auch die Aufnahme einer Statistik, wie sie der Corr. vorgeschlagen: „Wie viel Gehilfen waren seit 25 Jahren in ihrem Geschäft vorübergehend usw. beschäftigt?“ Solche Aufnahme würde ein wahres Bild ergeben. Dieser letztern Ausführung schloß sich auch Herr Dr. Bründer ganz an. — Im gleichen Sinne wie der Corr. hat auch das Sozialpolitische Zentralblatt die klimschsche Statistik beurteilt.

Der Streit als gutes Geschäft. Der vielgenannte Herr Fusangel plaudert in seinem Organe gelegentlich der Polemik mit dem von ihm früher geleiteten Blatt etwas aus, das zwar nicht neu, aber doch in der Regel nicht zugestanden wird. Er schreibt nämlich: „Wir könnten den Mitarbeiter einer größeren Zeitung mit Namen nennen, der sich rühmte, im Jahr 1889 beim großen Streit in 14 Tagen 800 Mk. für gelieferte Korrespondenzen verdient zu haben. Seit der Zeit ist der Mann ein begehrtester Anhänger des Streiks und wenn es nach ihm ginge, müßten die Bergleute jedes Jahr mindestens ein Mal, noch besser aber zwei Mal, einen Zustand machen. Als im Jahr 1892 der höchst unglückliche Versuch gemacht wurde, wiederum einen allgemeinen Streik in Egene zu setzen, ein Versuch, der vom Schreiber dieses Artikels damals mit größter Entschiedenheit bekämpft worden ist, weil sonst unabsehbares Elend über unzählige Bergarbeiterfamilien hereingebrochen wäre, da hat der oben erwähnte dunkle Ehrenmann nicht allein Flugblätter abgesetzt, welche die Bergleute zum Zustand auf forderten, sondern er hat dieselben auch selbst in Welfenkirchen abgeholt und in Höntrort, Eppendorf, Weltmar usw. verbreitet.“ Ja, ja — wenn viel gestreut wird, da kann viel auf die Arbeiter geschimpft werden und dabei wird viel Geld verdient! — Inzwischen hat es der schneidige Herr Fusangel selbst zu einem Streik seiner Seiger gebracht, über den in nächster Nummer Bericht erfolgt.

Der frühere Redakteur des Sozialisten, Klempner Glend, und der Metallarbeiter Emil Brandt erleiden einen Ausruf „an die revolutionären Metallarbeiter“, in welchem Gefährdung des öffentlichen Friedens gefunden wurde. Glend wurde zu vier, Brandt zu sechs und der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Werner wegen Beihilfe ebenfalls zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In bezug auf den letzteren heißt es in dem Urteil u. a.: Werner ist der Begründer und Leiter der Partei der Unabhängigen, ihm war es durchaus bekannt, daß der

Sozialist eine revolutionäre Tendenz hatte und die ganze Propaganda darauf hinausging, die öffentliche Ordnung zu verlegen und zum Widerstande gegen die Staatsgewalt aufzufordern. Jede Propaganda dieser Art hat dieses Ziel, sobald sie sich nicht auf wissenschaftliche, theoretische Erörterungen beschränkt. Davon kann hier gar keine Rede sein. Indem Werner der Partei seine Druckerei vorbehielt, zur Verfügung stellte, war er sich voll bewußt, daß nur diejenige Propaganda bei den Massen Erfolg haben könne, die das theoretische Gebiet verläßt. Er konnte deshalb eine sachliche, theoretische, vorbedachte Propaganda in dem Blatte nicht erwarten, eine solche würde auch seinem eignen Willen gar nicht entprochen haben. Er wollte sich selbst von jeder Verantwortlichkeit befreien, aber alle die umstürzlerischen Zwecke, denen das Blatt dient, alle die Kundgebungen der Aufregung, welche beinahe jede Nummer des Blattes enthält, fördern. Aus diesen Gesichtspunkten heraus hat ihn der Gerichtshof der Beihilfe für schuldig erachtet.“ Schon bei früheren Gelegenheiten wiesen wir auf die Unthunlichkeit hin, die Hersteller einer Druckschrift mit zur Verantwortung zu ziehen. — Wilhelm Werner hat sich übrigens nach Holland in Sicherheit gebracht.

Der in diesem Punkte gut informierte Typograph meldet, daß sein Bekannter, der Kufffänger Mundt, zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. Der Firma Sch. & G. unterlag er 5800 Mk., seinem Kontordienar 1000 Mk. Nun ist der Helfer unserer Prinzipale für einige Jahre unschädlich gemacht und die ehelichen Gehilfen konnten nun bei einer Bewegung unbesorgt sein, wenn nicht noch tausend andere Spigbuben jederzeit bereit wären, gegen sie als „Ordnungsmänner“ zu dienen.

Italien. In Rom ist ein partieller Streik erklärt worden. Die Gründe sind noch nicht näher bekannt. Zugug, der von hier aus wohl kaum zu erwarten, hat natürlich fernzubleiben. — „Sozialistischer Bund der Bucharbeiter“ ist der Titel einer neuen Vereinigung, in welcher sämtliche Bucharbeiter sozialistischer Gesinnung Aufnahme finden. Sitz des Bundes ist Mailand. — In Mailand wurde der Buchdruckereibesitzer Bini zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen entlassenen Arbeiter, der noch für 8 Tage Lohn zu fordern hatte, einfach mit dem — Revolver bedrohte.

Zola wird in einem ausländischen Fachblatt als einer der schrecklichsten Autoren für Buchdrucker geschilbert. Nachdem das Manuskript abgesetzt und sorgfältig gelesen, erhält Z. je vier Seiten auf einem Plakatbogen zugefickt und fängt dann an zu „malen“. Er füllt den weißen Papierraum mit einer Menge Aenderungen, schreibt mit Tinte zwischen die Zeilen, zieht Striche nach allen Richtungen, jeder weiße Raum wird beschrieben und kaum eine Zeile entgeht der Feder des Autors. Hier wird ein Ausrufungszeichen an Stelle des Fragezeichens gestellt, dort muß ein Semikolon einem Kolon weichen, Kommas werden dazwischen gestreut, Partizipie durch Adjektive ersetzt, Substantive kommen an Stelle der Fürwörter, mildere werden durch schärfere ersetzt, ganze Sätze umgedreht oder in zwei bis drei Worte zusammengezogen; oft wird eine halbe Seite ganz gestrichen. In der Revision werden dann wieder in jeder Seite zahlreiche Aenderungen vorgenommen, so daß, wenn die Form endlich druckfertig, alles Neufach ist. — Ganz das gleiche Verfahren wurde einst von dem älteren französischen Kollegen Zolas, von Balzac, berichtet. Sollte die Geschichte also nicht etwa nur Zola aufgepöppelt sein?

Die voriges Jahr in London veranstaltete Arbeiter-Ausstellung (Ausstellung von Arbeitszeugnissen durch die betreffenden Arbeiter selbst) schloß mit einem bedeutenden Defizit ab. Ein Buchdrucker verklagte kürzlich den Sekretär der verfloffenen Ausstellung, G. Sipton, auf Bezahlung von gelieferten Druckerarbeiten. Sch. gab an, daß er die Drucksachen nicht für sich, sondern im Namen des Komitees bestellt habe, daß übrigens nach und nach alles bezahlt werden würde. Der Richter verurteilte jedoch Sipton zur Zahlung der Schuld und zwar in monatlichen Raten von 10 Mk. Die Schuld beläuft sich auf 24000 Mk.; die Ratenzahlung würde sich daher auf nur 200 Jahre erstrecken!

Arbeiterbewegung.

In Tjehoe in der Böhmer der Alfenschen Portland-Zement-Fabriken wurde die Arbeit infolge Lohn-differenzen eingestellt. — Bei Sprange in Berlin legten 26 Tischler die Arbeit nieder wegen unwürdiger Behandlung seitens des Werksführers. — Ein Teil der Arbeiter der Zigarrenfabrik Klebenhufen in Bremen wurde ausgepöppelt, darauf legten auch die übrigen, sich mit den Ausgespöppelten solidarisch erklärend, die Arbeit nieder. — Der Madlerstreik bei der Firma Wfl in Hof i. B. ist durch Einigung beigelegt. Die Arbeiter ließen die Forderung einer fünfprozentigen Lohnhöhung fallen, während der Fabrikant die efristündige Arbeitszeit später einzuführen versprach. — In der Wasserlocher Zepplinsfabrik bei Reichenberg in Böhmen stellten gegen 1000 Mann die Arbeit ein wegen Maßregelung von 24 ihrer Kollegen, nachdem dieselbe aber wieder auf unter Zusage ihres fernern Wohlverhaltens, die

24 im Stiche lassend. — In Wien stellten 30 Arbeiter der Eisengießerei von Kraus & Gallen die Arbeit ein wegen Maßregelung von zwei Kollegen, die sich an dem Streik beteiligt. Die Zahl der in Stockerau Streikenden beträgt 63. Kohnerhöhung wurde seitens des Unternehmers abgelehnt, auch will ihm die Forderung, daß innerhalb sechs Monaten keine Entlassung stattfinden und zwei Gemäßregelte wieder eingestellt werden sollen, nicht gefallen. — In Kopenhagen wurden in der Goldleinstofffabrik von Chr. Jeppesen fünfzehn Arbeiter wegen ihrer Mitgliedschaft beim Fachvereine gemäßigelt.

Verstärkungen.

Der deutsche Reichstag hat in zweiter Lesung eine Änderung des Wahlverfahrens beschlossen. Danach sollen die Stimmzettel in amtlich abgeschlossener Umschlag abgegeben werden und jedes Wahllokal einen abgeschlossenen Raum enthalten, in welchem der Wähler seinen Stimmzettel dem Umschlag anvertrauen kann. Ferner soll die Wahlzeit um eine Stunde verlängert werden; bis 7 Uhr abends. Auf der Regierungsbank war nur Herr v. Boetticher und dieser schwieg, was in der Regel darauf hindeutet, daß der Reichstag pro nihilo arbeitet.

Gewerbegerichte gibt es zur Zeit im Deutschen Reich einschließlich des am 1. Juli in Döbeln in Sachsen in Kraft tretenden 212 und zwar in Preußen 140, Bayern 13, Sachsen 18, Württemberg 9, Baden 7, Hessen 4, Weimar 3, Braunschweig 6, Elsaß-Lothringen 5, Oldenburg, Koburg-Gotha, Neuß a. L., Lippe-Deimold, Hamburg, Bremen. Lübeck je 1.

Von den im Jahr 1893 aus Deutschland ausgewanderten 70362 Personen gehörten an der Landwirtschaft 9,8, der Industrie 21,4, dem Handel und Verkehr 8,3, dem Arbeiterstande 30,5, anderen Berufsarten 2,3 Proz., während 27,7 Proz. ohne Beruf bzw. Berufsbangabe waren. Die meisten deutschen Auswanderer hat die Provinz Posen zu verzeichnen: 6987 (3875 männliche und 3412 weibliche), dann folgt Brandenburg-Berlin mit 3694 männlichen und 2397 weiblichen. Weiter entfallen auf Westpreußen 6024, Hannover 5832, Pommern 5680, Schleswig-Holstein 3209, Schlesien 2628, Sachsen 2423, Hessen-Rassau 2303, Ostpreußen 1789, Rheinland 1728, Westfalen 1618, Hohenzollern 49; ferner Bayern 6163, Württemberg 3846, Sachsen 3701, Hamburg 2355, Baden 1668, Oldenburg 1071, Hessen 1056, Mecklenburg-Schwerin 1020, Bremen 912, Braunschweig 320, Weimar 316, Anhalt 205, Koburg-Gotha 175, Meiningen 164, Lippe 163, Neuß j. L. 148, Lübeck 115,

Elsaß-Lothringen-111, Mecklenburg-Strelitz 110, Rudolstadt 81, Altenburg 75, Waldeck 70, Neuß a. L. 61, Sondershausen 45, Lippe 42. Die Mehrzahl (61870) gingen nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

In Götting wurde die Zahl der Arbeitslosen auf gegen 1000 festgestellt. Die Stadtvertreter bewilligten zunächst 10000 Mark behufs Vornahme von Erdarbeiten, bei denen zur Zeit gegen 300 Arbeiter mit 18 Pfennig Stundenlohn beschäftigt werden.

Die fünf größten Städte Hessens: Mainz, Darmstadt, Offenbach, Worms und Gießen, wollen dem Großherzog ein Hochzeitsgeschenk im Werte von 25000 Mark spenden. Mainz hat bereits 8000 Mark bewilligt. Und den Arbeitslosen?

Kein Geld. Die Neuregulierungen der preussischen Flüsse erfordern nachgewiesenermaßen die Summe von 21 247 000 Mark. In dem Entwurfe des preussischen Etats für 1894/95 wurde die Rate von einer Million Mark eingestellt. Ob und in welchen Zeiten die Arbeiten ihre Fortführung finden können, das muß der Gestaltung der Finanzlage des Staates überlassen bleiben.

Gestorben.

In Karlsruhe am 4. Februar der Seher Karl Seiler, 36 Jahre alt — Lungenschwindsucht.

Briefkasten.

Sch. in Regensburg: 3,25 Mt. — B. in Wbdn.: Für gesandte Exemplare 2 Mt. — E. in Chemnitz: Desgl. 60 Pf. — H. in Weimar: Für Rückstand außer der Sendung vom 13. d. noch das Inf. in 115. Sie senden wohl am Schlusse des Quartals alles zusammen. — A. in Gießen: „Mitte Januar“ — bis jetzt nichts eingetroffen? — Sch. in Altenburg: 24. — Schl. in Glogau: Daß in voriger Nummer angelegte empfohlen. — R. in Berlin: Sie schlagen Schweinsleder zu den Einbanddecken vor, aber auch Chamäleonshaut wäre geeignet.

Die Postbezieher des Corr. wollen beschweren wegen unregelmäßiger Zustellung, soweit dieselben nicht am Bestellort erledigt werden können, statt an die Geschäftsstelle direkt an das t. Postamt 10 in Leipzig adressieren.

Verbandsnachrichten.

Bezirk Essen. In dem in Nr. 19 mitgeteilten Wahlresultat ist zu berichtigen: Revisor der Gaukasse Brandt statt Brauch; ferner Revisoren für den Bezirkskassierer statt Bezirkskasse.

Bezirk Hildesheim. In der Buchdruckeret von C. Witt in Salzgitter sind Tariffreitigkeiten ausgebrochen. Bei Konditionsangeboten nach dort wird gebeten, dieses zu berücksichtigen.

Karlsruhe. Im Interesse unserer Mitglieder bringen wir wiederholt in Erinnerung, daß die Buchdruckeret von Malisch & Vogel für Verbandsmitglieder geschlossen ist.

Stettin. Ohne vorherige Erkundigung beim hiesigen Ortsvorstande dürfen Mitglieder in der Buchdruckeret L. Bock hier keine Kondition annehmen, widrigenfalls Ausschluß erfolgt. — Betreffender Zuhaber mutet seinem Schweizerdegen zu, die acht Seiten umfassende alle acht Tage erscheinende Hausfrauen-Zeitung mit den drei Beilagen fertig zu stellen, um die die Zeitung bis jetzt fertig stehenden Kollegen zu entlassen. Der Schweizerdegen fühlte sich aber mit den anderen Kollegen solidarisch und hat infolgedessen die Kündigung auch eingereicht.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu senden):

In Bremen der Schweizerdegen Wilhelm Franz Meewes, geb. in Magdeburg 1875, ausgel. in Götting (Anhalt) 1893; war noch nicht Mitglied. — Hans Donath, St. Paulistraße 36.

In Dortmund und der Seher Fritz Fleck, geb. in Götting a. d. W. 1862, ausgel. das. 1880; war noch nicht Mitglied. — Hugo Esser, Brülleser Straße 5.

In Frankfurt a. M. die Seher I. Friedrich Steinwand, geb. in Koblenz 1874, ausgel. in Frankfurt a. M. 1894; 2. Fritz Heinrich, geb. in Bornheim 1874, ausgel. in Frankfurt a. M. 1892; 3. J. L. Brühl, geb. in Oberlahnstein 1868, ausgel. in Wiesbaden 1887; 4. der Drucker Adam Schäfer, geb. in Rothentkchen 1866, ausgel. in Frankfurt a. M. 1884; waren noch nicht Mitglieder. — Karl Dominé, Wielandstraße 2, III.

In Pforzheim der Seher Friedrich Rupp, geb. in Langensteinbach 1870, ausgel. in Pforzheim 1888; war noch nicht Mitglied. — In Schwab.-Hall der Seher Georg Gehring, geb. in Künzelsau 1869, ausgel. in Gerabronn 1885; war noch nicht Mitglied. — In Sulz a. Neckar der Seher Johann Gauzner, geb. in Weiden (bayr. Oberpfalz) 1866, ausgel. das. 1884; war schon Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Rosenstraße 37, Stß. I.

Dreizehntelne Seite 25 St., Angebote und Gesuche von Stellen sowie Versammlungs-Anzeigen die Seite 10 St.

Anzeigen.

Belegnummern 5 St. — Beitrag bei Aufgabe zu entrichten. Offerten ist Freimarte beizulegen.

Accidenzbuchdruckerei
Hottgehend u. gut einger. in unim. Nähe Frankfurt's a. M. billig abzugeben. Näheres durch Joh. Hoffmann in Niederrad-Frankfurt a. M. [136]

Ein tüchtiger
Accidenzseker
für moderne Merkantilarbeiten wird sofort aufgenommen. Solche, die mit der Stereotypie vertraut sind, erhalten den Vorzug. [156]
E. Straße, Warnsdorf, Deutschböhmen.

Ein junger Schriftseker
in allen Gattungen bewandert, mit Buchführung und Korrekturenlesen vertraut, sucht anderweitig Stellung. Werte Offerten erbeten unter F. L. 160 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtiger Seker
im Zeitungs-, Annoncen- und Accidenzsaß erfahren, sucht zu sofort oder später dauernde Stellung. Off sind zu richten an [159]
H. Kochanski, Bremen, St. Paulistr. 39, I.

Seker, jeder Welse zu vertr., sucht entspr. Stelle. Off. erb. W. Burkhart, Hamm i. W., Werlesir. 24.

Maschinenmeister
(Schweizer), tüchtig und frebsam, sucht für sofort oder die nächste Zeit eine Stelle in einer großen Buchdruckeret Deutschlands, wo ihm besonders Gelegenheit geboten würde, den **Illustrations- und Farbendruck** zu pflegen. Beste Zeugnisse und Prima-Referenzen zur Verfügung. Baldige Offerten sub Chiffre N. 664 i. Z. an die Annoncen-Expedition von Haafenstein & Vogler, Zürich. [158]

Tüchtiger Maschinenmeister
erfahren in allen vorkommenden Arbeiten, mit den verschiedensten Maschinen und Motoren vertraut, flotter Stereotypseur, bewandert im Farbendruck, mit besten Empfehlungen versehen, sucht bald. Stellung. Offerten an H. Eberhardt, Bremen, Weltmerzhäusen 163 a, erbeten. [157]

Obermaschinenmeister
bei 30 Maschinen, in Berlin in Kondition, wünscht sich zu verändern. Werte Offerten bitte zu richten an Schneider, Berlin NO, Hächtelestraße 23. [161]

Typogr. Gesellschaft zu Leipzig.
Donnerstag den 22. Februar, abends 9 Uhr, Vortrag: „Ueber Spezial-Kataloge“. — Aufnahmen. [155]

Deutsches Buchgewerbe-Museum in Leipzig.
Neu ausgestellt sind die Tafeln des soeben erschienenen fünften Bandes des Internationalen graphischen Musteraustausches des Deutschen Buchdruckervereins.

Leipzig.
Freitag den 23. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Pantheon, Dresdener Straße:

Allgemeine Buchdrucker-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung; Referent Kollege Otto Niesel. 2. Die Lage im Buchdruckeret unter Berücksichtigung der neuesten örtlichen Vorkommnisse; Ref. Kollege Conrad Eichler. 3. Bericht unferer Vertreter beim Gewerbegerichte, Kollege Arthur Gafch, und Aufstellung von Kandidaten zum Gewerbegerichte. 4. Diskussion.
Das Erscheinen der gesamten Leipziger Kollegenchaft ist bei der Wichtigkeit der Tagesordnung dringend geboten.
Der Einberufer. [143]

Dresden.
Sonabend den 24. Februar 1894: [163]
Versammlung.

Gelsenkirchen. Versammlung: Samstag, 24. Febr., abends 9 Uhr, im Barbarossa. [152]

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten die Trauerbotschaft, dass gestern Abend unser wertes Mitglied, der Schriftsetzer
Magnus Pirzer
nach fünfzehnwöchentlichem Krankenlager im 48. Lebensjahre sanft verschieden ist.
Er ruhe in Frieden! [153]
Regensburg, den 15. Februar 1894.
Mitgliedschaft Regensburg.

Durch die Geschäftsstelle des Corr. ist zu beziehen: Die Organisation der Prinzipale und Gesellen im deutschen Buchdruckeret, von Fr. Bohn, 1.50 Mt.